

Einladung

zu einer Sitzung des Schulausschusses
am Donnerstag, dem 14.03.2024, 16:00 Uhr
im im Sitzungszimmer 111 des Rathauses,
Ernst-Wilczok-Platz 1, 46236 Bottrop

- Nr. 2 /2024 -

Tagesordnung:

A) Öffentliche Sitzung

TOP	Nr. der Drucksache	Inhalt
1	2024/0101	Haushalt 2024 hier: Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK)
2		Antrag der SPD zur Einleitung des Projekts "Europa in der Innenstadt"
3		Anfragen und Mitteilungen

gez. Rainer Hürter
Vorsitzender

Öffentliche Niederschrift
über die Sitzung des Schulausschusses am
Donnerstag, 14.03.2024, 16:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 111 des Rathauses, 46236 Bottrop
- Nr. 2 /2024 -

Anwesend unter dem Vorsitz von **Rainer Hürter**:

ordentliche Mitglieder

Herr Bugdoll, Tobias	SPD	
Ratsfrau Dr. Bunse, Antoinette	CDU	
Bezirksvertreter Damann, Peter	CDU	
Herr Dereli, Erdal	DKP	
Ratsfrau Dominas, Marianne	ödp	abwesend ab 17:49 Uhr
Bezirksvertreterin Hallwaß-Mousalli, Gabi	Grüne	
Ratsherr Hermens, Sven	Linke	
Ratsfrau Jungmann, Susanne	CDU	
Ratsfrau Lange, Sigrid	B`90/Grüne	
Ratsherr Melzig, Jan	SPD	
Ratsherr Mersch, Andreas	FDP	
Bezirksvertreter Nowak, Dominik	CDU	
Ratsherr Dr. Sieger, Harald	SPD	
Ratsfrau Sochert, Birgit	SPD	
Ratsherr Todt, Andreas	SPD	

beratende Mitglieder:

Frau Eichwald-Wiesten, Gabriele
Herr Fontein, Gregor
Herr Heuwieser, René
Frau Kobler, Gertrudis
Herr Mattheis, Tobias abwesend ab 17:40 Uhr
Herr Pawliczek, Rainer
Frau Reich, Stefanie abwesend ab 18:34
Herr Tewes, Guido
Herr Walter, Christian
Herr Zandbergen, Marc

stellvertretende Mitglieder:

Frau Bernsdorf, Christine

Vertreterin für Frau Elke Rosner

Ratsherr Buschfeld, Matthias	SPD	Vertreter für Ratsfrau Tina Keil
Ratsherr Gutsche, Joachim	B`90/Grüne	Vertreter für Ratsherrn Andreas Hein
Ratsfrau Jung, Margit	SPD	Vertreterin für Frau Michaela Butgereit-Vidane
Ratsfrau Kohmann, Anja	SPD	Vertreterin für Herr Klaus Kaminski
Ratsherr Lehr, Rüdiger	SPD	Vertreter für Frau Meike Schöps

Verwaltung:

Dezernentin Frau Alexius-Eifert
 Frau Granow-Keysers
 Frau Koschate
 Frau Kriskov
 Herr Große-Venhaus
 Herr Müller

Fischlein, Fabian

Schriftführer

Vorsitzender Hürter eröffnet die Sitzung des Schulausschusses um 16:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist. Er dankt den Beteiligten der am vergangenen Montag stattgefundenen Demonstration „Sternmarsch für Demokratie, Toleranz und kulturelle Vielfalt“.

Vorsitzender Hürter stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt 1 der nicht öffentlichen Sitzung im öffentlichen Teil als Tagesordnungspunkt 3 abzuhandeln. Er begründet den Antrag damit, dass die Schulentwicklungsplanung in der letzten Zeit zunehmend interessanter für die Öffentlichkeit geworden ist und Transparenz geschaffen werden soll.

Ratsherr Buschfeld verweist darauf, dass eine Aussprache über einen nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt nicht im öffentlichen Teil der Schulausschusssitzung erfolgen kann.

Vorsitzender Hürter stellt daher die nicht Öffentlichkeit her.

Ratsfrau Lange fragt nach der Meinung der Verwaltung zu dem gestellten Antrag. Sie möchte wissen, welche Punkte ggf. in der öffentlichen Sitzung besprochen werden könnten.

Herr Nowak schildert den Verlauf der Vorbesprechung zur Sitzung der Bezirksvertretung Kirchhellen. Er verweist auf die öffentliche Vorlage und die Diskussion um den nicht mehr beabsichtigten Bau einer neuen Sporthalle in Kirchhellen. Dies wurde mit der Schulentwicklungsplanung begründet. Er findet das Verfahren als nicht zielführend, da eine Schulentwicklungsplanung noch nicht abgeschlossen ist. Er wünscht sich daher eine öffentliche Aussprache.

Frau Alexius-Eifert führt die gesammelten schlechten Erfahrungen aus der aufgelösten Arbeitsgruppe zur Schulentwicklungsplanung auf. Sie erwähnt die daraus resultierenden negativen Auswirkungen für betroffene Schulen. Es gehe auch nicht darum, die Debatte gänzlich der Öffentlichkeit zu entziehen. Teile von Informationen würden im Anschluss der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Hier sollte aber zum Schutz der betroffenen Schulen überlegt gehandelt werden.

Ratsfrau Sochert findet die zuvor genannten Argumentationen sprechen für einen Verbleib des Tagesordnungspunktes im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Ratsherr Buschfeld ist schockiert darüber, dass die einzelnen Fraktionssprecher nicht im Vorfeld durch den Vorsitzenden über eine Änderung des Verfahrens informiert wurden. Er

nennt Faktoren, die zur Einordnung der Tagesordnungspunkte in den entsprechenden Teil der Sitzung ausschlaggebend sind. Er bittet darum, dass zukünftig im Vorfeld eine Information an die Beteiligten erfolgen soll. Er sieht sich nicht in der Lage kurzfristig über den Antrag entscheiden zu können. Er würde es begrüßen, nach Abhaltung des Tagesordnungspunktes darüber zu entscheiden, welche Informationen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen.

Ratsherr Hermens würde sich darüber freuen den Tagesordnungspunkt öffentlich zu behandeln. Er sieht keine zwangsläufigen Gründe für eine nicht öffentliche Beratung. Er schließt sich der zuvor genannten Kritik an und sieht sich zu spät über den Antrag informiert.

Ratsfrau Dr. Bunse bezieht sich auf die erschienenen Zeitungsartikel zur Errichtung einer neuen Schule. Sie sieht ganz persönlich einen Zusammenhang zwischen der Schulentwicklungsplanung und der Stadtentwicklung. Sie sieht daher ebenfalls eine Bedeutung der Debatte für die Öffentlichkeit.

Ratsfrau Dominas gibt an, dass es eine Art Schutzraum geben muss. Sie betont, dass Ihre Ratsgruppe aus den Vorberatungen ausgeschlossen ist. Sie kann ebenfalls nicht spontan über den Antrag entscheiden. Sie möchte, dass im Rahmen einer Diskussion keine Schule benachteiligt dargestellt werden soll, und wird nicht für den Antrag stimmen.

Ratsherr Mersch schließt sich den Ausführungen von Frau Dr. Bunse an.

Ratsfrau Lange betont, dass die Interessen der Schulen gewahrt werden sollten. Dazu bietet sich ein geschützter Raum an. Es sollte abgesprochen werden, welche Informationen im Anschluss an die Debatte der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen. Damit würden allen Interessen gedient werden.

Vorsitzender Hürter kommt dann zur Abstimmung. Der Antrag des Vorsitzenden wird mehrheitlich abgelehnt. Im Anschluss wird die Öffentlichkeit wiederhergestellt. Er teilt den Anwesenden mit, dass die Reihenfolge der Tagesordnung so bestehen bleibt

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung:

TOP	Nr. der Drucksache	Inhalt
1	2024/0101	Haushalt 2024 hier: Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK)
2		Antrag der SPD zur Einleitung des Projekts "Europa in der Innenstadt"
3		Anfragen und Mitteilungen

Sitzungsverlauf

A) Öffentliche Sitzung:

1	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	2024/0101 Vorberatung
---	-------------------------------------	--------------------------

Haushalt 2024
hier: Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK)

Beschluss:

Der Schulausschuss stimmt den in der Anlage befindlichen Konsolidierungsmaßnahmen einschließlich beschlossener Änderungen und Ergänzungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Erläuterungen:

Vorsitzender Hürter schlägt vor, dass über die den Schulbereich betreffenden Maßnahmen eine Diskussion erfolgen soll. Er bittet das Gremium um entsprechende Wortmeldungen.

Ratsfrau Dominas sieht sich nicht in der Lage über die Gesamtmaßnahmen abstimmen zu können. Sie schlägt eine einzelne Abstimmung über die Maßnahmen vor.

Ratsfrau Dr. Bunse möchte, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen jährlich überprüft werden und Änderungen entsprechend berücksichtigt werden. Sie geht davon, dass die Verwaltung prüft, ob die hinter den Maßnahmen stehenden Aufgaben durch andere Kooperationen etc. weitergeführt werden. Hier soll zukünftig seitens der Verwaltung eine Überwachung erfolgen. Die CDU-Fraktion wird sich zu einzelnen Punkten nicht äußern, sie möchte dem Gesamtpaket unter den zuvor genannten Aspekten zustimmen. Sie sieht die Konsolidierungsmaßnahmen als notwendig an. Nur so-, können weitere Maßnahmen der Bezirksvertretung verhindert werden.

Ratsfrau Sochert hat keine Bedenken hinsichtlich einer Abstimmung über einzelne Maßnahmen.

Ratsfrau Lange gibt an, dass ihre Fraktion ebenfalls einzeln über die Maßnahmen abstimmen will.

Vorsitzender Hürter beginnt dann mit einer Abstimmung zu den einzelnen Maßnahmen.

Zunächst erfolgt eine Diskussion über die Maßnahmen betreffend der Elternbeiträge.

Ratsfrau Dominas lehnt die Erhebung von Elternbeiträgen kategorisch ab, somit lehnt Sie eine Erhöhung dieser ebenfalls ab.

Frau Granow-Keysers erläutert die Berechnungsgrundlage zur Erhöhung der Elternbeiträge um drei Prozent. Hierbei wird in Anlehnung an die Finanzierung der OGS gehandelt. Hier steigen die Förderbeiträge jährlich ebenfalls um drei Prozent. Die Zuschüsse an die einzelnen Träger werden unabhängig davon behandelt.

Ratsherr Hermens erkundigt sich nach dem Verfahren zur Abstimmung und fragt nach der Menge der zur Verfügung stehenden Redebeiträge.

Vorsitzender Hürter schlägt vor, dass zu jeder Maßnahme ein Redebeitrag erfolgen kann.

Ratsherr Hermens lehnt eine Erhebung der Elternbeiträge ab, er bittet ebenfalls um Überarbeitung der einzelnen Einkommensstufen.

Vorsitzender Hürter lässt dann über die Maßnahme zur Erhöhung der Elternbeiträge abstimmen.

Die Maßnahme wird mit 7 Gegenstimmen beschlossen.

Weiter wird die Maßnahme „kommunale Koordinierung Schule und Beruf“ behandelt.

Frau Granow-Keysers weist auf die Freiwilligkeit der Leistung hin. Sie betont, dass hier nicht eine Bewertung der Aufgabe stattfinden soll. Sie erwähnt die Förderung der Stellen.

Ratsfrau Dominas merkt an, dass die Aufgabe nicht vollständig wegfallen soll. Sie wünscht sich eine Umschichtung und eine Erhaltung im geringeren Umfang.

Ratsherr Hermens sieht den Wegfall nicht als sinnvoll an. Er findet die Vorlage unvollständig und sieht den Wegfall der Fördermittel kritisch.

Frau Alexis-Eifert verweist auf den letzten Schulausschuss und den darin enthaltenen Bericht zur „kommunalen Koordinierung“. Sie erläutert das gute Netzwerk im Stadtgebiet und erwähnt die verbleibenden Akteure. Sie begrüßt den Vorschlag von Frau Dominas. Sie macht deutlich, dass eine Sinnhaftigkeit der einzelnen Aufgaben nicht in Frage gestellt wird. Sie gibt weiterhin an, dass eine Ausfinanzierung durch Land und Bund nicht gegeben ist, obwohl sie diese Aufgaben in der Zuständigkeit dieser sieht.

Ratsfrau Lange fragt, ob es die Möglichkeit gibt, eine reduzierte Stelle für die Aufgabenbewältigung zu erhalten und bittet um eine schriftliche Vorlage in der ganzjährigen Haushaltsplanung.

Herr Pawliczek berichtet aus schulischer Sicht über die Wichtigkeit der Koordinierungsstelle. Er erwähnt die Bedeutung für einzelne Schülerinnen und Schüler.

Ratsfrau Dr. Bunse bedankt sich für die Ausführungen und verweist auf ihren vorherigen Wortbeitrag. Sie würde persönlich die Aussage treffen, dass im Bereich der Bildung gar nicht gekürzt werden sollte. Sie sieht eine hohe Verantwortung darin, über den Wegfall solch Elementare Aufgaben zu entscheiden.

Ratsherr Buschfeld verweist auf das Gesamtpaket. Er erwähnt ebenfalls, dass hier auch Landesaufgaben betroffen sind, für die keine ausreichende Finanzierung zur Verfügung steht. Er würde den Vorschlag einer „Rumpfkoordinierung“ unterstützen. Diese könnte dann die wichtigsten Aufgaben weiterhin übernehmen. Er erwähnt die lange Zeitschiene des Maßnahmenkatalogs. Er macht deutlich, dass es jetzt darum geht, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu schaffen.

Ratsfrau Dominas gibt Herrn Buschfeld in weiten Teilen recht, sieht aber den Verweis auf die lange Laufzeit als kritisch. Frau Dominas beantragt einen Prüfauftrag für diese Maßnahme und die Maßnahme betreffend des Bildungsbüros. Hier soll konkret geprüft werden, ob eine halbe Stelle erhalten werden kann.

Ratsherr Mersch gibt an, dass seine Ratsgruppe sich bezüglich der Maßnahmen sehr schwer tut. Er möchte die Entscheidung in den Hauptausschuss verlegen.

Herr Nowak gibt Herrn Buschfeld recht. Die Verwaltung müsse durch einen genehmigten Haushalt handlungsfähig sein. Er erwähnt weitere Stellen an denen eine auskömmliche Finanzierung fehlt.

Ratsfrau Lange kritisiert die Zerschlagung aufgebauter Strukturen und möchte von der Verwaltung genau wissen, wie eine Kompensation erfolgen kann.

Frau Alexius-Eifert verweist auf die Konsequenzen eines Prüfauftrages. Die Aufgaben könnten nicht im bestehenden System aufgefangen werden.

Vorsitzender Hürter lässt über einen Prüfauftrag zur Erhaltung einer halben Stelle entscheiden. Der Prüfauftrag wird mehrheitlich abgelehnt. Er lässt dann über die Maßnahme abstimmen. Die Maßnahme wird mit zwei Gegenstimmen beschlossen.

Weiter wird über die Maßnahme „Bildungsbüro“ diskutiert.

Ratsherr Hermens verweist auf die nicht ausreichende Finanzierung durch das Land. Er kann nicht nachvollziehen, dass hier keine Klage erhoben wird. Er erwähnt die möglichen Folgekosten durch fehlende Orientierung der SuS.

Ratsfrau Lange fragt nach der Finanzierung des Bildungsbüros durch das Land.

Frau Granow-Keysers erläutert die Finanzierung des Bildungsbüros. Sie gibt an, dass die geförderten Stellen durch das Land dann nicht weiter finanziert werden. Weiterhin erwähnt sie, dass die Familiengrundschulzentren in dieser Maßnahme nicht betroffen sind.

Ratsfrau Dominas wiederholt ihren Prüfauftrag. Es soll geprüft werden, ob eine halbe Stelle für das Bildungsbüro erhalten werden kann.

Ratsfrau Lange fragt, wie eine Erhaltung der geförderten Stelle erfolgen kann.

Frau Alexius-Eifert gibt an, dass auch mit einer halben städtischen Stelle, gefördertes Personal des Landes zur Verfügung stehen würde.

Vorsitzender Hürter lässt dann über den Prüfauftrag abstimmen. Dem Prüfauftrag wird mehrheitlich zugestimmt. Eine Abstimmung über die Maßnahme erfolgt somit nicht.

Nun erfolgt die Debatte über die Maßnahme „Bildungskommune“.

Frau Granow-Keysers erläutert die vorgelegten Informationen zu der Maßnahme.

Die Maßnahme wird mehrheitlich beschlossen.

Die Maßnahme zu dem Projekt „Komm auf Tour“ wird mehrheitlich beschlossen.

Weiter kommt es zu einer Debatte „Standardreduzierung in der Schulorganisation“

Ratsfrau Sochert gibt an, dass hierzu seitens der SPD ein Prüfauftrag beantragt werden wird.

Frau Alexius-Eifert erläutert die Maßnahme genauer. Sie gibt an, dass die Anmietung von Schulraum in der Vergangenheit gesunken ist. Sie verweist darauf, dass eine kostendeckende Änderung der Entgelte zur einer Unattraktivität führen würde. Vielmehr sollte eine Prüfung zur Kostenoptimierung beauftragt werden.

Ratsherr Hermens sieht die Abschaffung der Möglichkeit zur Anmietung von Schulraum als kritisch. Dies würde gerade das Vereinsleben treffen. Er findet, dass eine Anpassung der Entgelte erfolgen sollte.

Ratsfrau Dominas unterstützt den Prüfauftrag-

Ratsherr Mersch schließt sich Frau Dominas an.

Vorsitzender Hürter lässt über den Prüfauftrag abstimmen. Dieser wird mehrheitlich beschlossen.

Sodann wird über die Maßnahme „Schulabsentismus“ debattiert.

Ratsfrau Sochert und Ratsfrau Lange fragen -wie das Thema Schulabsentismus zukünftig aufgefangen werden soll.

Herr Nowak verweist auf die Angaben der Verwaltung. Die Aufgaben zum Schulabsentismus sollen in Trägerschaft übergehen. Er macht deutlich, dass die Maßnahmen zukünftig immer wieder zur Prüfung kommen werden.

Frau Granow-Keysers erwähnt ebenfalls die aufgeführten Lösungsansätze in der Vorlage.

Ratsfrau Dominas sind die Aussagen zu der Zukunft nicht eindeutig genug.

Frau Alexius-Eifert erläutert die Konsequenzen nach Wegfall des Projektes.

Vorsitzender Hürter lässt dann über die Maßnahme abstimmen. Die Maßnahme wird mehrheitlich beschlossen.

Der Vorsitzende Hürter bittet dann die Verwaltung um Erläuterung zu der Maßnahme „Schulsozialarbeit“.

Frau Alexius-Eifert erläutert die Maßnahme kurz.

Ratsherr Hermens spricht sich gegen eine Auslagerung von Schulsozialarbeit an einen Träger aus.

Ratsherr Mersch findet es nachvollziehbar, da ja die meisten Stellen der Schulsozialarbeit bereits von einem Träger bedient werden.

Daraufhin wird die Maßnahme mehrheitlich beschlossen.

Das Gremium nimmt sich dann der Maßnahme zum Bundesfreiwilligendienst an.

Frau Granow-Keysers erläutert die Maßnahme und erklärt die Aufteilung der Stellen.

Ratsfrau Dominas möchte wissen, bei welchen Schulen eine Stelle wegfallen wird.

Frau Granow-Keysers verweist darauf, dass eine Verteilung der Stellen jedes Jahr neu erfolgt. Allein auf die Schule am Tetraeder entfallen 9 Stellen.

Im Anschluss wird die Maßnahme mehrheitlich beschlossen.

Ratsherr Hermens fragt nach den noch zu erwartenden Kosten für das Gutachterbüro „biregio“, er sieht hier Einsparmöglichkeiten. Weiterhin schlägt er dem Schulausschuss vor, dass neu eingeführte Dezernat V schnellstmöglich wieder abzuschaffen. Die Verwaltung soll hierzu beauftragt werden. Er begründet dies damit, dass es bislang keine Vorteile für die im Dezernat beheimateten Bereiche gab. Vielmehr gibt es Streichungen wie beispielsweise bei der Schulsozialarbeit.

Frau Granow-Keysers gibt an, dass die Kosten für biregio im Haushalt laufend enthalten sind. Sobald der Schulentwicklungsplan abgeschlossen ist, fallen diese Kosten weg.

Ratsherr Hermens möchte, dass der Vertrag mit biregio frühestmöglich gekündigt werden soll.

Frau Alexius-Eifert verweist darauf, dass dann die Schulentwicklungsplanung nicht fortgeführt werden kann.

Ratsfrau Dr. Bunse schämt sich über die Ausführungen von Herrn Hermens zur Abschaffung des Dezernates V und sieht eine rote Linie überschritten.

Ratsherr Hermens betont ausdrücklich, dass es sich nicht um einen persönlichen Angriff gegen Frau Alexius-Eifert handelt.

Vorsitzender Hürter schließt sich den Ausführungen von Frau Dr. Bunse an und sieht die Zusammenarbeit mit dem Dezernat V als äußerst positiv an.

Frau Alexius-Eifert möchte nicht weiter auf die Wortmeldung von Herr Hermens eingehen. Sie ist immer offen für Kritik in angemessener Form. Sie stellt klar, dass nicht am Umfang der Schulsozialarbeit gespart wird. Sie gibt an, dass Stellen der Schulsozialarbeit aus dem weggefallenden Programm „Aufholen nach Corona“ trotz der angespannten Haushaltslage aus dem Haushalt der Stadt Bottrop weitergeführt werden und sieht das als Erfolg.

Vorsitzender Hürter lässt über den Antrag von Herrn Hermens abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

2

Zuständigkeit:

Antrag der SPD zur Einleitung des Projekts "Europa in der Innenstadt"

Ratsfrau Sochert erläutert den Antrag genauer und stellt die Hintergründe dar. Sie hebt in diesem Zusammenhang den erfolgreichen Sternenmarsch hervor.

Ratsfrau Dr. Bunse sieht dieses Projekt als eine innerschulische Angelegenheit und sieht es als schwierig an, über Fensterflächen von verschiedenen Eigentümern zu verfügen. Sie sieht bereits Tätigkeiten der Schulen in diesem Bereich und findet den Antrag hier an falscher Stelle.

Ratsfrau Lange sieht ein Bedürfnis der SuS in die Öffentlichkeit zu gelangen. Sie wünscht sich eine Ausweitung des Projektes auf die vorgestellten Nachhaltigkeitsvorschläge der SuS.

Ratsfrau Dominas sieht die Umsetzung als schwierig an. Sie findet, dass die Verwaltung diese Aufgabe nicht zusätzlich übernehmen kann. Sie bittet die Schulvertreter über eine Einschätzung.

Ratsherr Mersch kann den Antrag nicht verstehen und sieht keinen Handlungsbedarf für den Schulausschuss.

Ratsherr Hermens findet den Antrag unverständlich. Er findet es schwierig den Schulen dieses Projekt auf zudiktieren.

Ratsherr Buschfeld findet die Ausführungen von Frau Sochert verständlich. Er schlägt vor, wie eine Umsetzung erfolgen könnte. Er macht deutlich, dass nicht in Schulthemen regiert werden soll. Er sieht keine Mehrbelastung für die Stadtverwaltung. Er hält das Projekt für sinnvoll. Der Antrag soll aufrechterhalten werden.

Frau Alexius-Eifert sieht den Antrag als ein Angebot an die Schulen, welches dann ggf. über die Wirtschaftsförderung abgewickelt werden soll. Der Arbeitsaufwand für die Verwaltung sei nicht hoch.

Herr Heuwieser gibt eine Einschätzung aus schulischer Sicht ab und sieht ein zeitliches Problem.

Ratsfrau Lange unterstreicht ihre Forderung nach einer Ausweitung des Projektes.

Ratsherr Hermens fragt ob seitens der Schulen auf die SPD zugegangen worden ist.

Ratsfrau Sochert gibt an, dass es Anfragen von jungen Erwachsenen gab.

Frau Dr. Bunse bedankt sich für die Beiträge und verweist auf Projekte von Stiftungen zum Thema Demokratie.

Herr Nowak geht auf den Antrag der SPD ein und schlägt eine Änderung des Antrags vor. Es soll eine Empfehlung an die Schulen ausgesprochen werden. Diese könnten dann Kontakt zur Wirtschaftsförderung aufnehmen. Der Schwerpunkt „Europawahl“ könne weggelassen werden und so auch im Hinblick auf die drängende Zeit eine Verschönerung der leerstehenden Gebäude erfolgen.

Ratsherr Buschfeld nimmt die Idee auf und würde es begrüßen, SuS eine solche Fläche zur Verfügung zu stellen.

Ratsfrau Jungmann findet, dass die Verwaltung nicht mit der Vermittlung von Flächen zur Gestaltung durch SuS beschäftigt werden soll. Sie sieht das Thema als wichtig an, allerdings sollten SuS eigenständig tätig werden.

Ratsfrau Dr. Bunse verweist auf die kritische Haushaltslage der Stadt Bottrop und fragt sich, ob Kapazitäten für ein solches Projekt zur Verfügung stehen.

Frau Alexius-Eifert gibt an, dass im Rahmen der Wirtschaftsförderung eine Bearbeitung ohne großen Aufwand erfolgen könnte.

Vorsitzender Hürter lässt über den abgeänderten Antrag abstimmen. Der Antrag wurde hinsichtlich des Schwerpunktes „Europa“ abgeändert und entsprechend allgemeiner gefasst. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

3

Zuständigkeit:

Anfragen und Mitteilungen

Vorsitzender Hürter berichtet von einer Einladung der „WiN-Emscher-Lippe GmbH, die an den Schulausschuss gerichtet wurde. Diese wird im Anschluss elektronisch an die Mitglieder verteilt.

Vorsitzender Rainer Hürter schließt die öffentliche Sitzung des Schulausschusses um 18:03 Uhr und bedankt sich bei den Zuschauern für Ihre Teilnahme.

(Rainer Hürter)

Vorsitzender

(Fabian Fischlein)

Schriftführer

Datum

22.02.2024

Drucksache Nr.

2024/0101

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Schulausschuss	14.03.2024	Vorberatung

Betreff

Haushalt 2024

hier: **Beratung Haushaltssicherungskonzept (HSK)**

Beschlussvorschlag

Der Schulausschuss stimmt den in der Anlage befindlichen Konsolidierungsmaßnahmen einschließlich beschlossener Änderungen und Ergänzungen zu.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:

Haushalt im Jahr:

2024

Produkt und Sachkonto:

Art der Ausgabe:

Bedarf:

Haushaltsansatz:

zusätzliche Einnahmen:

einmalige Belastung:

jährliche Folgekosten:

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen:

Problembeschreibung / Begründung

1. Rahmenbedingungen

Der am 19.09.2023 in den Rat der Stadt eingebrachte Entwurf des Haushaltes 2024 weist zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2027 negatives Eigenkapital in Höhe von rd. 113,8 Mio. € aus. Den städtischen Finanzen droht somit der Kollaps in Form der Überschuldung.

Nach Auslaufen des Stärkungspaktes zum 31.12.2021 und zwei darauffolgenden restriktionsfreien Haushaltsjahren ist die Stadt Bottrop gezwungen, wiederum den beschwerlichen Weg der Haushaltssicherung zu beschreiten. Eine seit vielen Jahren bestehende strukturelle Unterfinanzierung sowie enorme inflationsbedingte Kostensteigerungen in nahezu allen Bereichen (u.a. überproportionale Tarifabschlüsse und Zinssteigerungen) infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben nunmehr zu nicht mehr kompensierbaren finanziellen Belastungen geführt, die die städtischen Finanzen in eine bedrohliche Schieflage gebracht haben.

Nach den Regelungen des § 76 Abs. 1 GO NRW zieht die finanzielle Situation die pflichtige Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) nach sich, welches der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn aus dem HSK hervorgeht, dass spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Somit muss Ziel der städtischen Konsolidierungsbemühungen sein, im Jahr 2034 wieder einen ausgeglichenen Haushalt darstellen zu können. Mit der für die Zukunft anzustrebenden Darstellung von Überschüssen in der Ergebnisplanung wird gleichzeitig auch der Grad der Überschuldung vermindert.

Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden können, würden ganzjährig die Restriktionen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NRW gelten. Die Stadt dürfte danach nur Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Darüber hinaus dürfen insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Investitionsleistungen fortgesetzt werden, wenn bis zum 31.12.2023 Ausschreibungen veröffentlicht worden sind oder die Investitionen einer Pflichtaufgabenerfüllung dienen (z.B. Schulerweiterung). Dies würde weitreichende Einschnitte in die Abwicklung der Haushaltswirtschaft 2024 nach sich ziehen und die Wahrnehmung wichtiger Aufgaben bzw. die Durchführung bedeutender Projekte verhindern oder zumindest erschweren.

2. Themenschwerpunkte des HSK

Bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes ergab sich eine Unterdeckung für das Jahr 2024 in Höhe von 59,8 Mio. €. Für ein HSK mit einer Realisierungszeitspanne von 2024 bis 2034 ergibt sich das Erfordernis einer erweiterten Finanzplanung, die nicht im letzten Jahr der Mittelfristplanung (2027) endet, sondern bis zum Jahr 2034 fortgeführt wird. Die hierbei anwendbare Systematik entspricht aber grundsätzlich der mittelfristigen Finanzplanung. Außergewöhnliche Einmal- und Sondereffekte (z.B. Zuführungsbedarfe zu Pensionsrückstellungen) sowie die langfristige Entwicklungsprognose der Ertrags- und Aufwandsarten führen zu genaueren Planungsgrundlagen. Für die Sanierungsplanung ergibt die erweiterte Finanzplanung ein negatives Jahresergebnis von 31,9 Mio. € für das Jahr 2034. Zur Erreichung der Genehmigungsfähigkeit eines HSK muss diese Gesamtsumme durch Ertragsbesserungen und Aufwandsreduzierungen abgedeckt werden, um spätestens im Planjahr 2034 des Haushaltsausgleich dazustellen.

Da vertretbare Ertragssteigerungen bzw. Einsparungen bereits im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens realisiert wurden, waren aufgrund der Höhe der für

2024ff. ausgewiesenen Defizite globalere Denkansätze für die Erreichung des Konsolidierungszieles unumgänglich.

Aus diesem Grund wurden die folgenden fünf Handlungsfelder erarbeitet, auf denen die Konsolidierung der städtischen Finanzen maßgeblich vorangetrieben werden soll:

- Digitalisierung/Automatisierung
- Aufgaben- und Standardkritik
- Raumbedarfsmanagement
- Reduzierung Sachaufwand/Verbesserung Wirtschaftlichkeit
- Optimierung Erträge.

Dies alles soll dazu beitragen, dass neben der nachhaltigen Konsolidierung der städtischen Finanzen auch der Weg zu einer schlankeren und modernen Verwaltung eingeschlagen wird. Als Ergebnis dieser Überlegungen findet sich im Anhang eine Übersicht mit den Konsolidierungsmaßnahmen, die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallen und über die der Ausschuss zu beschließen hat.

Die komplette Maßnahmenliste für das HSK ist abrufbar unter der Adresse:
www.bottrop.de/politik/stadtfinanzen/haushalt/haushalt-2024.php

Die Beschlussfassung über den Haushalt 2024 einschl. HSK soll in der Sitzung des Rates der Stadt am 30.04.2024 erfolgen.

3. Erläuterungen zu einzelnen Positionen:

Maßnahme 030101_2 Erhöhung der Elternbeiträge für die OGS

Die Elternbeiträge sollen ab dem 01.08.2025 jährlich um 3% erhöht werden. Hierbei handelt es sich um die Steigerungsrate des Landeszuschusses für die OGS. Die gleiche Erhöhung soll im Bereich der Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung erfolgen.

Eine Erhöhung der Elternbeiträge in Anlehnung an die jährliche Steigerung der Kindpauschalen nach dem KiBiz ist nicht praktikabel, da diese jährlich nach einem Indexwert festgelegt wird und nicht kalkulierbar ist.

Maßnahme 030201_1 Auflösung Kommunale Koordinierung Übergang Schule und Beruf

In der Kommunalen Koordinierung sind zunächst einmal alle Aufgaben freiwillige Leistungen. Einige Aufgaben werden zudem vollständig oder anteilig aus Eigenmitteln der Stadt Bottrop finanziert (z.B. Komm auf Tour, Ausbildungspaten).

Geplant ist hier das Aufgabengebiet ersatzlos wegfallen zu lassen. Dies bedeutet den Wegfall von insgesamt 3,5 Personalstellen (1 Leitungsstelle A13, 1 Sachbearbeitung A12, 1 Sachbearbeitung A10 und 0,5 pädagogische Mitarbeit E9b) mit rd. 225.000 EUR.

Bei Wegfall der Stellen entfällt auch die Einnahme in Form der bisherigen 40%igen Förderung in Höhe von rd. 139.000 EUR.

Die personelle Ausstattung der Stellen in der Kommunalen Koordinierung basiert auf einem Ratsbeschluss vom 08.04.2014. Zur Teilnahme an dem Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ war ein Förderantrag zur Förderung der Stellen sowie der Abschluss einer Absichtserklärung mit dem MAGS notwendig.

Im November 2021 gab es zudem eine Kooperationsvereinbarung mit dem MAGS.

Die Förderung der Personalstellen war in den Anfangsjahren zu 50 % vorgesehen und wurde später auf 40 % reduziert. Die 40 %ige Förderung (aktuell 139.100 EUR) besteht bis 2027 fort.

Eine Kompensationsmöglichkeit für die Aufgaben der KoKo wird ohne personelle Ressource nicht möglich sein, so dass diese Aufgaben entfallen müssen. Hier würden zusätzlich 20.000 EUR Sachaufwendungen nicht mehr benötigt werden.

Maßnahme 030201_2 und 030201_3 Auflösung Bildungsbüro und Wegfall der Sachkosten für das Bildungsbüro

Im Regionalen Bildungsbüro sind alle Aufgaben freiwillige Leistungen. Einige Aufgaben werden zudem anteilig aus Eigenmittel der Stadt Bottrop finanziert (z.B. Familiengrundschulzentren oder Bildungskommune).

Die personelle Ausstattung der Stellen im Regionalen Bildungsbüro basiert auf einem Ratsbeschluss aus dem Jahr 2009 und einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land NRW und der Stadt Bottrop aus 2009.

Die Kooperationsvereinbarung sieht eine personelle Ausstattung durch die Kommune vor. Das Land stellt 1,0 Stellen für die pädagogische Mitarbeit. Aktuell stellt die Stadt 1 Leitung A12 und 0,5 Sachbearbeitung E6, sowie für die Projekte „Familiengrundschulzentrum“ und „Bildungskommune“ weitere Stellen, die jedoch beim „Familiengrundschulzentrum“ zu 80 % und bei der „Bildungskommune“ zu 40 % gefördert werden.

Die Personalkosten ohne die Projektstellen belaufen sich für das Reg. Bildungsbüro auf rd. 72.000 EUR.

Zu der „Bildungskommune“ sind die Ausführungen unter Maßnahme 030201_4 und 030201_5 zu beachten.

Im Projekt „Familiengrundschulzentrum“ wird neben den Leitungen der Familiengrundschulzentren auch eine Koordinierungsstelle für die FGZ zu 80 % gefördert. Die Vorhaltung der Koordinierungsstelle ist Voraussetzung zur Durchführung der Familiengrundschulzentren.

Das Projekt ist aktuell bis 31.07.2024 befristet, mit einer Verstetigung wird gerechnet. Das Projekt soll daher fortgeführt und nicht eingespart werden.

Mit Wegfall der Stellen des Bildungsbüros können die vielseitigen Aufgaben nicht mehr fortgesetzt werden, die Aufgabenwahrnehmung würde bis auf wenige Bereiche (z.B. Übergangsveranstaltungen) ersatzlos entfallen.

Damit würden auch Sachkosten in Höhe von 15.000 EUR eingespart werden können.

Maßnahme 030201_4 und 030201_5 Auflösung Projekt Bildungskommune und Wegfall der Sachkosten für die Bildungskommune

Das Projekt „Bildungskommune“ ist im „Regionalen Bildungsbüro“ verortet. Ziel der Bildungskommune ist eine Unterstützung der Kommunen bei der Verbesserung des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements sowie der Auf- und Ausbau analog-digital vernetzter und thematisch vertiefter Bildungslandschaften.

Das Projekt „Bildungskommune“ wurde am 29.03.2022 im Verwaltungsvorstand beschlossen. Der Schulausschuss wurde am 18.04.2023 in Kenntnis gesetzt.

Das Projekt ist auf vier Jahre angelegt und endet am 31.03.2027, der Starttermin war der 01.04.2023.

Das Projekt unterliegt in den Personalstellen einer 40%igen Förderung, somit trägt die Kommune 60% der Personalkosten. Aktuell sind 1 Wissenschaftliche Leitung E13 und 1 Koordinierungsstelle E11 besetzt und verursachen 127.100 EUR Personalkosten. Bei Wegfall der Stellen entfällt auch die Einnahme in Form der bisherigen 40%igen Förderung in Höhe von rd. 17.200 EUR.

Bei Wegfall dieser Personalstellen ist das Projekt „Bildungskommune“ mit dem o. g. Ziel einzustellen.

Es können dann ebenfalls 5.100 EUR Sachkosten eingespart werden.

Maßnahme 030201 6 Verzicht „Komm auf Tour“

Der handlungsorientierte Parcours dient seit einigen Jahren als zusätzliche Unterstützung zur Berufsorientierung und Lebensplanung der Schüler:innen. Bisher hat die Stadt Bottrop 50 % der Kosten getragen (dies entspricht 26.000 EUR). Neben der Lebensweltorientierung von Schüler:innen trägt dieses Projekt dazu bei, die kommunalen Akteure zu vernetzen und somit Kooperationen zu stärken.

Die Durchführung dieser zusätzlichen Unterstützung soll ersatzlos entfallen und verursacht Einsparungen von 26.000 EUR.

Maßnahme 030201 7 Standardreduzierung Schulorganisation

Die Stadt Bottrop vermietet im Rahmen einer Benutzungsordnung freiwillig Schulraum an Dritte. Dies verursacht in der Schulorganisation einen Aufwand von rd. 0,3 VZÄ. Zudem fällt im Fachbereich Immobilienwirtschaft (Einsatz der Hausmeister, Reinigung) ebenfalls ein erhöhter Arbeitsaufwand an.

Es ist vorgesehen zukünftig auf die Vermietung von Schulraum an Dritte zu verzichten und den o.g. Stellenanteil einzusparen.

Die jährlichen Mieteinnahmen betragen rd. 10.000 Euro.

Des Weiteren kann perspektivisch ein Aufwand von rd. 0,2 VZÄ eingespart werden, wenn die elektronische Zeiterfassung für die Schulsekretärinnen eingeführt wird und die Reduzierung der BufDi-Stellen umgesetzt.

Maßnahme 030201 8 Personalreduzierung Schulabsentismus

Im Mai 2021 ist dem Schulausschuss das Modellprojekt Diagnose, Beratung und Bewältigung von Schulvermeidung zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt worden. Der Schulausschuss hat den Schritt zur kooperativen und konstruktiven Bearbeitung von Schulabsentismus begrüßt und dem Modellprojekt zugestimmt. Nach vierjähriger gemeinsamer Entwicklungsarbeit der zuständigen Fachkräfte der Bezirksregierung Münster, Stadt Bottrop, des Kreises Warendorf sowie des Landesjugendamtes ist das Gesamtkonzept des Modellprojektes entstanden. Das vereinbarte Handlungskonzept umfasst vier Strukturebenen, die ineinandergreifen. Die Rückführung in die Schule bzw. das Anvisieren von Möglichkeiten zu einem Schulabschluss ist immer oberstes Ziel der Unterstützungsangebote.

1. Die Beratende und Bedarfsklärende Instanz (BBI)

Es entsteht ein multiprofessionelles Team aus den Bereichen Schule, Jugendhilfe, Gesundheitsamt mit unterschiedlichen Akteuren, die gemeinsam in der individuellen Fallberatung aus verschiedenen Fachperspektiven

- Handlungsstrategien zur Bearbeitung der jeweiligen Problemlagen von Schülerinnen und Schülern entwerfen.
2. Bereitstellung schulischer Fachdienste zur Fortbildung und Beratung von Lehrkräften
 3. Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe, Beratungsfachdiensten und weiteren Akteuren im Bereich der Einzelfallhilfen
 4. Clearing für die Begleitung von Schülerinnen und Schülern, welche durch die vorgeschalteten Maßnahmen nicht erreicht werden konnten bzw. einen verstärkten Begleitungsbedarf haben. Optionen sind weitere unterstützende Ansätze wie z.B. der schulische digitale Lernort

Eine zusätzliche Ressource für die Stadt Bottrop ist der Aufbau der Anlaufstelle mit der „Flexi-Phase“ für Schülerinnen und Schüler, die aus unterschiedlichen Gründen die Schule nicht besuchen.

In Vereinbarung mit der Bezirksregierung Münster ist landesseitig hierfür eine sozialpädagogische Fachkraft eingestellt worden, welche kooperativ mit der Stelleninhaberin (Fachstelle Schulabsentismus) die Anlaufstelle aufbaut. In der Anlaufstelle erfahren die Schülerinnen und Schüler flexible Unterstützungsangebote in Rahmen der Tagestrukturierung. Neben der Bearbeitung von Lernpaketen aus den Schulen werden die Ursachen für das Vermeidungsverhalten herausgearbeitet und in Kooperation mit Eltern und Fachdienste Stärkungsprogramme einbezogen. Zudem übernimmt die sozialpädagogische Fachkraft Aufgaben in der Beratenden und Bedarfsklärenden Instanz und entwickelt die Schnittstellen zu den beteiligten Fachdiensten weiter.

Der schulische digitale Lernort ist ein weiteres Angebot, um Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Für diesen Bereich ist eine Lehrkraft abgeordnet worden. Mit Klärung des Zugangs zur Anlaufstelle durch eine Kooperationsvereinbarung zwischen den jeweiligen Schulen, Familien und der Anlaufstelle sowie die Beurlaubung von Unterricht ist die Anlaufstelle zum 09.01.2023 eröffnet worden.

Ein Wegfall der Stelle ist mit Ausscheiden der Stelleninhaberin geplant. Die Fortführung dieses Projektes in einer anderen Konstellation (z.B. Trägermodell) soll geprüft werden.

Maßnahme 030201_9 Personalreduzierung Schulsozialarbeit

Die Stelle wird im städtischen Stellenplan nach Ausscheiden der Stelleninhaberin eingespart. Es ist vorgesehen die beiden Schulstandorte Cyriakus und Schule am Stadtgarten anschließend über die Kooperationsvereinbarung mit dem derzeitigen Träger EVK mit Schulsozialarbeit zu versorgen. Dies erfordert eine entsprechende Erhöhung des Sachkostenaufwandes von ca. 80.000 Euro/Jahr.

Maßnahme 999999_4 Reduzierung der BufDi-Stellen (um 16 Stellen)

Aktuell stehen 36 Bundesfreiwilligendienststellen zur Verfügung. Eine Aufteilung der Stellen erfolgt nach den zum Verteilungszeitpunkt vorliegenden Informationen zu förderbedürftigen Schülerinnen und Schülern. In den vergangenen Jahren konnte immer nur ein Teil der Stellen besetzt werden.

Die Stellen werden ab dem Schuljahr 2025/2026 auf 20 Stellen reduziert. Da die Verteilung für das Schuljahr 2024/2025 bereits erfolgt ist, verbleibt die Anzahl von 36 Stellen, jedoch erfolgt lediglich eine Besetzung von 20 Stellen.

Alexius-Eifert

Anlage(n):

1. Schulausschuss_HSK_2024_Maßnahmeliste

Haushaltssicherungskonzept / Entwurf

Maßn.-Nr.	Dezernat	Produkt	Produktbezeichnung	Maßnahme	Konsolidierungsvolumen			Umsetzung
					Ertrag / €	Aufwand / €	Stellen	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9
030101_1	IV	PB 03	Schulträgeraufgaben	FB 65 - Auflösung z.b.V.-Anteile Schulhausmeister/innen	-	53.600	1,0	2025
030101_2	V	03 01 01	Grundschulen und Kita	Erhöhung der Elternbeiträge	175.000	-	-	2025
030201_1	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Auflösung Kommunale Koordinierung Übergang Schule und Beruf	- 139.000	224.700	3,5	2027
030201_2	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Auflösung Bildungsbüro	-	72.200	1,0	2027
030201_3	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	Wegfall Sachkosten nach Auflösung Bildungsbüro	-	15.000	-	2027
030201_4	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Auflösung Projekt Bildungsgemeinschaft	- 17.200	127.100	1,5	2027
030201_5	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	Wegfall Sachkosten im Zuge Auflösung Projekt Bildungsgemeinschaft	-	5.100	-	2027
030201_6	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Verzicht auf "Komm auf Tour"	- 26.000	52.000	-	2025
030201_7	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Standardreduzierung Schulorganisation	-	35.400	0,5	2030
030201_8	V	03 02 01	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Personalreduzierung Schulabsentismus	-	90.000	1,0	2029
030201_9	V	03 02 02	Schulverwaltung und sonst. schulische Aufgaben	FB 40 - Personalreduzierung Schulsozialarbeit	-	90.300	1,0	2027
999999_4	Übergr.	-	Produktübergreifend	Reduzierung der Bufdi-Stellen (um 16 Stellen)	- 57.600	161.300	-	2024



SPD-FRAKTION IM RAT DER STADT BOTTROP
Stadt Bottrop

Vorsitzender im Schulausschuss

Herrn

Rainer Hürter

Ernst-Wilczok-Platz 1

46236 Bottrop

28.02.2024

Einleitung des Projekts „Europa in der Innenstadt“

Sehr geehrter Herr Hürter,

Die SPD-Fraktion beantragt:

Die Verwaltung soll beauftragt werden, ein Projekt zur Gestaltung von Fenstern leerstehender Gebäude in der Innenstadt in die Wege zu leiten. Dies soll in Zusammenarbeit mit den Bottroper Schulen geschehen. Gleichzeitig hoffen wir auf die Kooperation der Eigentümer*innen der Gebäude in der Innenstadt.

Begründung:

Mit der anstehenden Europawahl bietet das Projekt die Möglichkeit, dass sich Schulklassen zusätzlich und intensiver mit dem Thema Europa und Demokratie auseinandersetzen können. So kann das Bewusstsein für die europäische Vielfalt gestärkt werden. Die Schüler*innen können mehr über die Wichtigkeit von demokratischen Prozessen lernen.

Auf der anderen Seite tragen die gestalteten Fenster zur Attraktivität der Innenstadt bei. Die Kunstwerke der Schulklassen können so das Stadtbild aufwerten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Birgit Sochert

Sprecherin der SPD-Fraktion im Schulausschuss